

---

# Beschlussprotokoll des digitalen Parteitags der SP Schweiz

## Samstag, 5. Februar 2022

**Vorsitz:** Mattea Meyer, Cédric Wermuth  
**Protokoll:** Sophie Glaser  
**Anwesend:** 500 Delegierte sowie diverse Gäste in Genf und Online

### Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und werden im Zentralsekretariat der SP Schweiz aufbewahrt. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

## 1. Eröffnung des Parteitages

Der digitale Parteitag wird von Co-Generalsekretärin **Rebekka Wyler** eröffnet. Sie begrüsst die Genossinnen und Genossen, Medienschaffenden und sonstigen Gäste in Genf und auch jene, die von zuhause aus online am Parteitag teilnehmen. Trotz digitaler Durchführung nehmen etwa 500 Delegierte an diesem Parteitag teil. Es ist der erste Parteitag nach der angenommenen Strukturreform und ausserdem der erste Parteitag, der simultan nicht nur auf Französisch übersetzt wird, sondern auch auf Italienisch. Neuerdings sind auch alle Unterlagen in den drei Landessprachen verfügbar.

**Lydia Schneider Hausser**, Präsidentin der SP Kanton Genf, begrüsst die Delegierten. Es ist etwas Besonderes, den Parteitag in Genf durchzuführen. Genf ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt. Dank der breiten Allianz zwischen linken Parteien und Gewerkschaften ist Genf ausserdem der vierte Kanton, der mittlerweile einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunden eingeführt hat. Neben dem AHV-Referendum ist der Ausbau des Service Public ein wichtiges Thema für die SP Genf. Lydia Schneider Hausser wünscht einen guten Parteitag – zwar virtuell aber dennoch sozialistisch.

**Thierry Apothéloz**, Staatsrat Kanton Genf, betont, wie erfreulich es ist, dass der Parteitag in Genf stattfindet. Auch wenn ein baldiges Ende der Pandemie in Sicht ist, müssen wir vorsichtig bleiben. Das Virus kann noch böse Überraschungen bergen. Corona hat die soziale Ungleichheit verschärft – jetzt ist es umso wichtiger, den sozialdemokratischen Kampf nicht aufzugeben. Die SP ist die Speerspitze des Fortschritts und wir müssen gegen den bürgerlichen Angriff auf öffentliche Gelder ankämpfen. Auch der Angriff der Bürgerlichen auf die AHV können wir nicht so hinnehmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Vulnerabilität von Personengruppen nie ein natürliches Phänomen ist, sondern Produkt der gesamtpolitischen Weichenstellung. Auch wenn der Fokus der politischen Debatte zurzeit sehr stark auf der Klimakrise liegt, müssen wir die Dringlichkeit des sozialen Kampfes anerkennen.

## 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

### Mitteilungen

**Rebekka Wyler**, Co-Generalsekretärin, beginnt mit einigen Mitteilungen. Sie weist darauf hin, dass bei technischen Problemen jederzeit die dreisprachige Hotline kontaktiert werden kann.

Sie weist ausserdem auf eine Publikation der SP Schweiz hin, die unter der Leitung von Regula Schweizer herausgegeben wurde: den neuen Testament-Ratgeber. Dieser wurde redigiert und an die neuen gesetzlichen Grundlagen angepasst. Darin findet man allgemeine Informationen zu Testamenten und zu Legaten. Er kann beim Zentralsekretariat bestellt werden. Es gibt ausserdem die Möglichkeit, Präsentationen darüber in den Kantonalparteien oder Sektionen zu halten.

Rebekka Wyler präsentiert drei Infos für Kommunalpolitiker:innen: Für Genoss:innen in den kleineren Gemeinden findet die Kommunaltagung am 27. August in Belp statt. Am 22. März findet ein Webinar zum Thema «öffentliches Beschaffungswesen» statt. Des Weiteren wird am 17. September die sozialdemokratische Städtekonferenz durchgeführt. Wer sich für diese Anlässe interessiert, kann sich direkt mit ihr in Verbindung setzen.

### Genehmigung der Geschäftsordnung

Die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es gibt keine Beschränkung der Redner:innenliste. Wortmeldungen können online bis zum vorangehenden Traktandum eingereicht werden. Ordnungsanträge müssen vor Beginn eines Traktandums eingereicht werden.

**Beschluss des Parteitags:** Die Geschäftsordnung wird mit 240 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

### Wahl der Mandatsprüfungskommission

Vorschlag: **Karin Mader**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung beantragt für die Mandatsprüfungskommission eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

**Beschluss des Parteitags:** Karin Mader wird gewählt mit 264 zu 3 Stimmen.

### Wahl Präsident des Wahl- und Abstimmungsbüros

Vorschlag: **Claudio Marti**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung beantragt für die Wahl des/der Präsident:in des Wahlbüros eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages

**Beschluss des Parteitags:** Claudio Marti wird einstimmig gewählt.

### Genehmigung definitive Traktandenliste

**Rebekka Wyler** weist auf die verschiedenen vorgängigen Versände (inkl. Traktandenliste) und die Schlussdokumentation vom 28. Januar hin.

**Beschluss des Parteitags:** Die Traktandenliste wird wie vorgelegt genehmigt.

### 3. Protokoll des a.o. Parteitags vom 28. August 2021 in St. Gallen

**Rebekka Wyler** verdankt das Beschluss-Protokoll des ausserordentlichen Parteitages vom 28. August 2021 in St. Gallen, welches von Pia Wildberger und Simon Roth verfasst wurde. Das Protokoll kann auf der Homepage [www.spschweiz.ch/parteitag2021](http://www.spschweiz.ch/parteitag2021) eingesehen und heruntergeladen werden.

**Beschluss des Parteitags:** Das Protokoll wird mit 234 zu einer Stimme mit 30 Enthaltungen genehmigt.

### 4. Rede Mattea Meyer Co-Präsidentin SP Schweiz

Liebe Genossinnen und Genossen

In den vergangenen Monaten war der politische Alltag für mich etwas in den Hintergrund gerückt. Ich habe die Mutterschaftspause mit meinem Bébé genossen. Aber jetzt ist es schön, wieder zurück bei euch zu sein. Weil es sich gut und richtig anfühlt, Sozialdemokratin zu sein.

Ich möchte euch am Beispiel der AHV zeigen, warum. Die Rechten versuchen in diesem Jahr allen Ernstes, die AHV-Vorlage und den Rentenabbau im Namen der «Gleichstellung» zu verkaufen.

Liebe Genossinnen und Genossen. Es ist für mich und wohl auch viele Frauen in meinem Alter klar, dass wir in rund drei Jahrzehnten das gleiche Rentenalter haben werden wie die Männer. Dafür gibt es einen einfachen Grund: unsere Politik. Wir werden erfolgreich sein mit unseren Projekten für Gleichstellung – für mehr Kitaplätze, für Lohngleichheit, für eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen.

Aber bei dieser AHV-Vorlage geht es nicht um mich, nicht um meine Generation. Es geht um unsere Mütter. Unsere Mütter, die ihr Leben lang «gekrampft» haben ohne externe Kinderbetreuung, dafür mit viel unbezahlter Arbeit, schlecht entlöhnten Teilzeitjobs, wenig beruflichen Perspektiven. Genau diese Frauen sollen einmal mehr zurückstehen müssen und in ihrem letzten Lebensabschnitt einen Rentenabbau von 1200 Franken jährlich hinnehmen.

Das ist inakzeptabel.

Jede vierte Frau hat nur die AHV. Jede neunte Frau muss direkt nach der Pensionierung Ergänzungsleistungen beziehen. Jede zweite erhält weniger als 3000 Franken Rente, inklusive Pensionskasse.

Das sind nicht Zahlen in einer Statistik. Es ist das Leben unserer Mütter, Tanten, Schwestern, Freundinnen, Nachbarinnen, es ist vielleicht auch deine Geschichte.

Als junge Frau, als Feministin, als Tochter bin ich nicht bereit, dass all diesen wunderbaren Frauen einmal mehr der Respekt verwehrt wird, für den sie ihr ganzes Leben lang gekämpft haben. Ob still oder laut, ob in ihren eigenen vier Wänden oder auf der Strasse.

Sie haben so viel Besseres verdient, als sich anhören zu müssen, ohne Frauenrentenalter 65 würde die AHV zugrunde gehen. Die Bürgerlichen tun dabei so, wie wenn es zu dieser Erhöhung des Rentenalters keine Alternative gäbe. Dabei gibt es sie: mit den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank liegt eine solidarische Finanzierungsmöglichkeit vor.

Machen wir uns nichts vor: Geht es nach den Rechten, sollen in Zukunft alle länger arbeiten müssen. Eine entsprechende Volksinitiative wurde bereits eingereicht. Rentenalter 65 / 65 ist nur das Einfallstor für ein höheres Rentenalter für alle. Also natürlich nicht für alle. Die, die es sich leisten können,

---

werden sich auch zukünftig früher zur Ruhe setzen. Länger arbeiten werden die, die tiefe Löhne haben und nicht vorher aufhören können. Die Pflegefachfrau. Der Kassierer. Der Maler. Die geschiedene Lehrerin. Zusammen mit ihnen werden wir in den kommenden Monaten für ein Nein zur AHV-Vorlage sorgen. Denn wir lassen es nicht zu, dass Frauen gegen Männer und dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Meine Generation kann ihr Leben mit Erwerbstätigkeit und Kindern nicht zuletzt dank Eltern führen, die 160 Millionen Arbeitsstunden unbezahlte Betreuungsarbeit leisten. Jedes dritte Kind unter 13 Jahren wird von Grosseltern mitbetreut. Ohne sie wäre die Wirtschaft längst zusammengebrochen. Der einzige Konflikt, den es bei der AHV gibt, ist der zwischen denjenigen, die auf die AHV angewiesen sind, und denjenigen, die sie nicht brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die AHV ist den Rechten seit der Einführung ein Dorn im Auge, weil sich damit kein Profit machen lässt und weil sie solidarisch finanziert ist. Sie hat die Menschen vor purer Existenznot befreit. Sie hat Schluss gemacht damit, die Menschen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Diese gewaltige soziale Errungenschaft werden wir gegen jeden Angriff von rechts verteidigen!

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein so gutes Gefühl, Sozialdemokratin zu sein, weil wir eine Partei mit Geschichte sind. Unsere Vorkämpferinnen und Vorkämpfer haben nicht nur die AHV eingeführt: Sie haben die SBB aufgebaut, die Volksschule gegründet, Spitäler und Altersheime gebaut, das Frauenstimmrecht erkämpft. Und warum haben sie das gemacht? Weil Existenzsicherung, Mobilität, Bildung, Gesundheit oder Gleichstellung nicht Privatsache sind. Sondern Aufgabe von uns als Gesellschaft und Rechte von uns allen. Und so ist es auch bei der Klimakrise: Es ist nicht ein individuelles Problem, das wir mit unserem eigenen Verhalten alleine lösen können. Die Antwort darauf kann nur eine gemeinschaftliche Antwort sein. Wir haben die Jahrhundertaufgabe vor uns, Wirtschaft und Gesellschaft so sozial und ökologisch umzubauen, dass dieser Planet auch für zukünftige Generationen lebenswert ist. Klima- und Umweltschutz sind eine öffentliche Aufgabe. Heizungen müssen ersetzt, Gebäude gedämmt, industrielle Anlagen umgerüstet, Fahrzeuge elektrifiziert, der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.

Wir haben das grosse Glück, dass in diesem klimapolitisch entscheidenden Moment das Umweltdepartement mit Simonetta Sommaruga in sozialdemokratischen Händen ist. Die Unterschiede könnten nicht grösser sein: Da Simonetta, die mit ihren konkreten Plänen für Versorgungssicherheit unbeirrt den Weg bereitet aus dem fossilen Zeitalter hin zu einer ökologischen Zukunft. Dort die Bürgerlichen, wo die ewiggestrige Erdöl-Auto-AKW-Lobby den Ton angibt und aus kurzfristigem Gewinnstreben uns allen die Zukunft verbauen will. Wo ist der freisinnige Anspruch, als fortschrittliches, zukunftsgerichtetes, innovatives Land zu gelten? Es ist ein Trauerspiel. Das, was wir mit unserer Klimafonds-Initiative verlangen, ist keine Zauberei. Wir wollen einen Klimafonds, aus dem öffentliche Vorhaben finanziert und Kredite für Klimaschutzprojekte an Private ermöglicht werden.

Dies mit fünf Zielen:

Erstens müssen Verkehr, Immobilien und Wirtschaft dekarbonisiert werden. Zweitens sollen erneuerbare Energien ausgebaut, Energieeffizienz gefördert und damit die Versorgungssicherheit gesteigert werden. Drittens sollen Weiterbildung und Umschulungsmöglichkeiten finanziert werden, die für die Dekarbonisierung nötig sind. Viertens sollen negative Emissionen gefördert und fünftens die Biodiversität gestärkt werden.

Die Schweiz würde mit solchen massiven Investitionen nicht alleine dastehen. Auch andere Länder haben massive Investitionen in Klimaschutz angekündigt – Joe Biden in den USA, Olaf Scholz in Deutschland, die EU mit ihrem Green New Deal. Sagen wir es deutlich: Die Klimaziele zu erreichen,

ist nicht ein «Nice-to-have». Es ist nicht eine Verhandlungsmasse in der politischen Debatte. Es geht um nichts weniger als um die Frage, wie wir ein gutes Leben für alle schaffen können und wie lebenswert der Planet ist, den wir unseren Kindern hinterlassen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zu tun. On y va.

## 5. Parolenfassung zu den eidg. Abstimmungen vom 15. Mai 2022

**Tom Cassee**, Co-Generalsekretär, fasst zusammen, dass bei den eidgenössischen Abstimmungen vom 15. Mai 2022 über drei Vorlagen abgestimmt wird: Über das Filmgesetz, das Transplantationsgesetz und die Frontex-Vorlage.

### Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)

**Matthias Aebischer**, Nationalrat BE, wird dazugeschaltet und legt die Beweggründe für die Empfehlung des Präsidiums dar. Es geht beim Filmgesetz unter anderem um das populäre Streaming-Portal Netflix. Einheimische Fernsehprogramme in der Schweiz müssen heute 4% ihrer Bruttoeinnahmen in die Schweizer Filmproduktion investieren. Mit dem neuen Gesetz müssen auch ausländische Fernsehprogramme (wie RTL oder SAT1) diese Abgabe leisten. Dasselbe gilt für Streaming-Plattformen wie Netflix, Disney+ etc. Das ist eine wichtige Investition in die Schweizer Filmproduktion. Ausserdem muss bei Streamingdiensten der Anteil der europäischen Produktionen bei mindestens 30% liegen. Das ist in allen anderen europäischen Ländern bereits der Fall und würde mit der Annahme des Gesetzes auch in der Schweiz umgesetzt. Die libertären Jungparteien haben das Referendum ergriffen mit der Begründung, dass die Abonnemente für die Streamingdienste teurer werden, was aber nicht stimmt. Das Filmgesetz wird zur Annahme empfohlen.

**Tom Cassee:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Filmgesetz. Früher hat jeweils die Geschäftsleitung, die es gemäss den neuen Statuten nicht mehr gibt, eine Empfehlung vorgenommen. Diese Aufgabe wurde nun dem Präsidium übertragen bis der Parteirat seine Arbeit aufnimmt.

**Empfehlung des Präsidiums:** Ja-Parole.

**Beschluss des Parteitags:** Ja-Parole mit 296 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 5 Enthaltungen.

### Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)

**Flavia Wasserfallen**, Nationalrätin BE, legt dar, warum das Präsidium die Annahme empfiehlt. Das BAG animiert die Bevölkerung seit Jahren dazu, sich mit der Organspende auseinanderzusetzen und den Willen festzuhalten. Doch nur 1.2% haben das bisher gemacht. Aus Umfragen weiss man, dass die Spendebereitschaft aber sehr hoch wäre – über 80%. Heute befinden sich 1'430 Menschen auf der Warteliste für ein passendes Spenderorgan. Im Schnitt stirbt ein Mensch pro Woche, weil kein passendes Organ gefunden werden konnte. Die Spendequote sinkt kontinuierlich.

Heute gilt die sogenannte Zustimmungsregel. Im Schock- und Trauerzustand entscheiden sich Angehörige in 60% der Fälle gegen eine Organentnahme. Das revidierte Transplantationsgesetz setzt hier an: Aufgrund positiver Erfahrung aus umliegenden Ländern hat sich das Parlament auf Vorschlag des Bundesrates für eine erweiterte Widerspruchregel ausgesprochen. Wer nach seinem Tod

keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten. Liegt kein dokumentierter Wille der verstorbenen Person vor, können die nächsten Angehörigen widersprechen. Die Angehörigen haben immer ein Vetorecht. Wenn keine Angehörigen gefunden werden, dürfen keine Organe entnommen werden. Dies könnte bei Touristen und geflüchteten Personen der Fall sein. Damit die Bevölkerung über diese Veränderung informiert wird, sieht das Gesetz ausserdem eine verstärkte Kampagne vor. Flavia Wasserfallen bedankt sich beim Referendumskomitee, da sie mit ihrem Referendum eine wichtige Möglichkeit zur Diskussion geschaffen haben.

Die Wortmeldung von **Inge Schädler**, SP 60+, konnte aufgrund von technischen Schwierigkeiten nicht angehört werden. Deshalb findet sich ihre Wortmeldung unter *Punkt 16* im Anhang.

Für das Referendums-Komitee spricht **Gret Haller**, Alt-Nationalrätin. Sie schlägt die Nein-Parole vor. Diese Leiden der Patienten gibt es und sind ernst zu nehmen. Aber die heutige Gesetzgebung genügt dafür. Die entscheidende Frage betrifft die Rolle des Staates und wurde nicht genügend diskutiert. Es kann nicht sein, dass die körperliche Unversehrtheit nur für jene gilt, die sich zuvor in ein Register eingetragen haben. Grundrechte hat man immer – ohne, dass man sie vorher anmelden muss. Wenn diese Vorlage angenommen wird, werden auf dem Organmarkt Organe zirkulieren, die den Sterbenden gegen deren Willen entnommen worden sind. Die Sozialdemokraten waren immer die Vorkämpfer der Grundrechte. Wenn diese Tradition aufrechterhalten werden soll, muss die Nein-Parole beschlossen werden.

**Susanne Clauss**, SP Biel Stad-Ost, ist auch Mitglied im Referendumskomitee. Für jeden noch so kleinen medizinischen Eingriff, braucht es ein klares Ja. Ausgerechnet zur Organentnahme soll es dieses informierte Ja nun nicht mehr brauchen. Nebst dem moralischen wird es in Zukunft auch einen sozialen Druck geben, weil diese gesetzliche Umkehr auch das gesellschaftliche Gewissen verändert. Die flächendeckende und vollständige Information der Bevölkerung über die Widerspruchsregel ist Utopie. Rund 6.5 Millionen Menschen müssten detailliert aufgeklärt werden – das ist unmöglich. Der Bundesrat und das Parlament konnten nicht darlegen, wie die Aufklärung der Bevölkerung stattfinden soll. Die Widerspruchsregel sei einer solidarischen SP nicht würdig und deshalb bittet auch Susanne Clauss um die Ablehnung dieser Vorlage.

**Flavia Wasserfallen** betont abschliessend, dass im Parlament und den Kommissionen viel Zeit investiert wurde, um verschiedenste Organisationen anzuhören. Es wurde lange über mögliche Alternativen diskutiert und darüber, wie das Gesetz sorgfältig ausgestaltet werden kann. Dabei hat man sich auch an Ländern orientiert, in denen die Widerspruchsregel bereits angewendet wird und funktioniert. Wichtig ist, dass in jedem Fall Angehörigengespräche stattfinden. Parlament und Bundesrat sind überzeugt, dass die Widerspruchsregel die Angehörigen entlastet.

**Tom Cassee** erinnert daran, dass die Fraktion und das Präsidium einstimmig die Annahme des Gesetzes empfehlen und leitet über zur Abstimmung.

**Empfehlung des Präsidiums:** Ja-Parole.

**Beschluss des Parteitags:** Ja-Parole mit 258 zu 41 Stimmen bei 20 Enthaltungen

---

## **Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Frontex-Referendum)**

**Ada Marra**, Nationalrätin VD, spricht im Namen des Präsidiums. Es stellt sich die Frage: Bis wann werden wir die Grundrechtsverletzungen von Migrant:innen an unseren Grenzen akzeptieren? Frontex wurde 2004 gegründet, um die Schengen-Mitgliedsstaaten beim Schutz der Aussengrenzen zu unterstützen. Die Agentur wird vom EU-Budget und den Schengenländern finanziert. Damit ist es verbunden mit dem Schengen-Dublin-Abkommen. 2016 wurde das Mandat erweitert. Zu den Aufgaben von Frontex gehört aber auch, sicherzustellen, dass das internationale Recht eingehalten wird. In den letzten Jahren weisen jedoch viele Beweise auf das Gegenteil hin. Das Schweizer Parlament hat entschieden, Frontex mit 61 Millionen Franken zu unterstützen – das sind ca. 5% der gesamten Finanzierung der Agentur. Es wurde ein Referendum ergriffen, welches von der Geschäftsleitung unterstützt wird. Denn solange Frontex so weiterarbeitet wie bisher und solange die Schweizer Migrationspolitik so bleibt, soll die Schweiz sich nicht an dieser Dehumanisierung beteiligen. Wir wollen Solidarität. Deshalb empfehlen wir das Nein für die Finanzierung von Frontex.

**Fabian Molina**, Nationalrat ZH, fügt an, dass heute weltweit mehr Menschen denn je auf der Flucht sind. Die Europäische Aussenpolitik setzt auf Abschottung und Abschreckung, statt die Fluchtursachen in den Ursprungsländern zu bekämpfen und den Menschen solidarisch Zuflucht zu bieten. Die Schweiz soll sich mit knapp 50 Millionen mehr am Frontex-Budget beteiligen. Und das, obwohl Frontex schwere Menschenrechtsverletzungen begeht. Die Schweiz hätte die Möglichkeit, eigenständig und solidarisch legale Fluchttrouten zu schaffen. Das wäre beispielsweise möglich mit der Wiedereinführung des Botschaftsasyls. Solange die Vorwürfe gegenüber Frontex nicht aufgeklärt werden und sich die Schweiz nicht an einer solidarischen Flüchtlingspolitik beteiligt, können wir diese Finanzierung nicht unterstützen. Das Nein zur Finanzierung ist kein Nein zu Schengen-Dublin. Dieses Nein ist ein Nein zur unsolidarischen und inhumanen Migrationspolitik des Bundesrats.

Die Präsidentin der JUSO Schweiz, **Ronja Jansen**, betont, dass Frontex keine Menschen schützt, sondern Grenzen vor Menschen. Frontex beteiligt sich an illegalen Pushbacks, arbeitet mit der libyschen Küstenwache zusammen und zeigt damit: Ein:e tote:r Migrant:in ist ein:e bessere:r Migrant:in, als eine:r auf europäischem Boden. Wir können Frontex mit dieser Abstimmung nicht abschaffen. Aber wir können zeigen: So nicht! Wir können auf das massive Leid an den europäischen Aussengrenzen hinweisen. Wir haben eine Chance, als erstes und einziges Land Europas ein Zeichen zu setzen, das gehört wird. Wir können dafür sorgen, dass die Schweiz endlich sichere Fluchtwege schafft. Das Leid und die Tragödien an den Aussengrenzen Europas ist einer dieser Themen, zu dem unsere Kinder und Grosskinder fragen werden: «Warum hat denn niemand etwas gemacht?» und ich will ihnen dann in die Augen schauen können.

**Empfehlung des Präsidiums:** Nein-Parole.

**Beschluss des Parteitags:** 282 Nein-Stimmen zu 22 Ja-Stimmen bei 17 Enthaltungen.

---

## 6. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga

**Tom Cassee** begrüsst Simonetta Sommaruga und betont, dass ihre Rede ein besonderes Highlight vom Parteitag ist.

**Simonetta Sommaruga** freut sich, am Parteitag zu sein, auch wenn er dieses Mal wieder online stattfindet. Speziell freut sie sich darüber, dass Mattea Meyer zurück aus dem Mutterschaftsurlaub ist. Für den Abstimmungssonntag muss jetzt noch einmal richtig Gas gegeben werden, denn das Rennen ist noch nicht entschieden. Vor allem auch beim Mediengesetz. Keine Region im Land darf abgehängt werden. Es braucht überall mediale Berichterstattung. Der Service public gehört zur DNA der SP. Zugang zu Bildung, Gesundheit, Stromversorgung. Beim Medienpaket funktioniert der freie Markt nicht und deshalb braucht es das Medienpaket.

Auch der Klimafonds oder «Zukunftsfond», wie Sommaruga diesen nennt, steht in dieser Service-public-Tradition. Klimapolitik funktioniert nur, wenn die Menschen im Alltag klimafreundlich leben. Das heisst konkret: Es braucht Fernwärmenetze, es braucht Elektrobusse im ÖV und Ladestationen für Elektroautos. Kurz: Es braucht Investitionen in die Infrastruktur. Genau das will der Klimafonds. In diese Richtung möchte sie auch mit dem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz gehen. Wir müssen der Bevölkerung konkret sagen können, woher der Strom kommt, der das Öl und das Gas ersetzen soll. Wir müssen handfest mehr Strom produzieren. Zusammen mit der Fraktion habe sie dafür gesorgt, dass man die Förderung einheimischer und nachhaltiger Energien verlängert und verbessert. Deshalb geht es jetzt vorwärts mit der Photovoltaik. Im Jahr 2020 wurde so viel Photovoltaik zugebaut, wie noch nie und sie produziert heute etwa so viel Energie wie das AKW Mühleberg. Zudem habe Sommaruga diese Woche eine Vorlage durch den Bundesrat gebracht, mit der wir die Bewilligungsverfahren für die erneuerbaren Energien schneller und einfacher machen. Wir wollen vorwärts machen und wir wissen, wie es geht! Wir sind in einer entscheidenden Phase, weil die Investitionen in die Zukunft jetzt getätigt werden müssen. Simonetta bedankt sich bei allen Delegierten für ihr Engagement.

## 7. Politische Aktualität

### Hände weg von unseren Renten! Referendum gegen die AHV-Revision

**David Roth**, Präsidiumsmitglied, ist überzeugt, dass den Plänen der Rechten ein Ende gesetzt werden muss. Denn die AHV ist der wichtigste Pfeiler für alle Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen. Vor allem für Menschen, die ihr Leben lang hart arbeiten und dafür schlecht bezahlt werden. Und das sind meistens Frauen. Wenn bezüglich unsere Altersvorsorge von Krise gesprochen wird, dann handelt es sich um unser Pensionskassensystem, welches hohe Kosten und tiefe Renten produziert und so immer mehr Menschen im Alter in wirtschaftliche Not drängt. Die AHV-Revision ist die erste Station auf einer neoliberalen Reise zur Altersarmut. Nach dem Rentenalter 65 für Frauen kommt das Rentenalter 67 für alle. Und das in einer Gesellschaft, die Menschen lieber schon ab 55 aussortiert. Ziehen wir jetzt die Notbremse auf dieser Reise! Sammeln wir hier ein wuchtiges Referendum mit vielen Unterschriften.

*Es folgt ein kurzes Video mit Brigitte Crottaz, Barbara Gysi und Flavia Wasserfallen, in dem die wichtigsten Argumente gegen das AHV-Referendum von ihnen dargelegt werden.*

**Tom Cassee** erklärt, dass am heutigen Parteitag nicht abgestimmt wird, da der Beschluss bereits am letzten Parteitag in St. Gallen im August 2021 gefasst wurde.

**Günter Baigger** von der SP Kriens weist auf die enorme Produktivitätssteigerung hin und darauf, dass das Geld für eine gute AHV eigentlich vorhanden wäre. Er schlägt vor, mehr mit dieser Produktivitätssteigerung zu argumentieren. Er unterstützt aber die Lösung mit den Negativzinsen der SNB.

### **Nationalbank-Gewinne für die AHV! Unterstützung der Volksinitiative des SGB**

**Pierre-Yves Maillard**, Nationalrat VD und Präsident SGB, wird online zugeschaltet. Wir befinden uns in einer Offensiven gegen die Hauptbranche der Versicherungen. Dieser Plan der Bürgerlichen ist hirnrissig. Im Anschluss an den zweiten Weltkrieg war es noch gesamtschweizerischer Konsens, dass alle ein würdiges Leben im Alter haben sollen. In den 60er- und 70er-Jahren haben sich auch die Bürgerlichen klar für einen Ausbau der AHV ausgesprochen. Davon kann man heute nur träumen. Heute sind sie auf dem Holzweg und verraten das, was ihre Vorgänger:innen beschlossen haben. Nicht nur das Rentenalter der Frauen steht nun zur Diskussion, sondern auch ein gesamtgesellschaftliches Gleichgewicht, das frontal angegriffen wird. Wir sind auf gutem Weg mit den Referenden und Initiativen. Es gibt in diesem Land genug Geld für eine Verbesserung der AHV. Unser Land ist eines der reichsten Länder mit vielen Ressourcen, die aber sehr ungleich verteilt sind. Bei dieser unglaublich hohen Bilanz der SNB (100 Milliarden Franken) ist es unabdingbar, 20 Milliarden pro Jahr zu investieren. Die vom SGB vorgeschlagene Initiative will diese extremen Gewinne der AHV zugutekommen, damit diese finanziell und sozialpolitisch aufgerüstet wird. Maillard bedankt sich bei allen für die Unterstützung der Initiative.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Unterstützung der Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

**Beschluss des Parteitags:** Unterstützung der Lancierung mit 294 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen

### **«Nein zum Stempelsteuer-Bschiss»**

**Jacqueline Badran**, Nationalrätin ZH und Präsidiumsmitglied, wird zugeschaltet. Sie betont, dass es knapp wird bei der Abstimmung. Denn in letzter Zeit gab es viele Medienberichte für ein «Ja». Seit 25 Jahren arbeiten wir in Bundesbern die Bestellliste des Kapitals ab. Es gab drei Unternehmenssteuerreformen und 13-mal wurde die Stempelsteuer bereits gesenkt. Gleichzeitig wurden die Mehrwertsteuer und alle Abgaben auf Bundesebene drei Mal erhöht – bis bald nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden. So steht es Schwarz auf Weiss auf dem Dokument des Finanzdepartements. Nur 0.3% aller Unternehmen in der Schweiz sind überhaupt von der Abschaffung der Stempelsteuer betroffen. Wir machen also Politik ohne Not, sondern für konstruierte Scheinprobleme. Jacqueline Badran ruft dazu auf, nochmals im Umfeld zu mobilisieren. Diese Vorlage ist schädlich für uns alle und bringt keinen Nutzen. Dasselbe gilt fürs Mediengesetz.

**Tom Cassee** zeigt als Impression ein Bild von Trams, die mit der SP-Kampagne gegen die Abschaffung der Stempelsteuer bedruckt sind – eine Aktion der SP Genf.

**Samuel Bendahan**, Nationalrat VD und Präsidiumsmitglied betont, dass diese Abstimmung ein wichtiges Kernelement ist. Denn wenn gegen die Abschaffung der Stempelsteuer gestimmt wird, stimmt man automatisch für die AHV, für den ÖV und für alles, was den Bewohner:innen unseres Landes am Herzen liegt. Jeder Franken, der für Steuern ausgegeben wird, trägt zum Wohlstand in unserem Land bei. Jede:r trägt dazu bei, damit alle gut leben können. Die SP verteidigt diese Stabilität und den Fortschritt dieses Landes. Diese Stempelsteuerreform hat zum Ziel, die 55 grössten Unternehmen in diesem Land steuerrechtlich zu entlasten, zu Lasten der ganzen Bevölkerung. Wenn wir diese Abstimmung gewinnen, ist das nicht nur ein Sieg für unsere Partei, sondern ein Sieg für die gesamte Bevölkerung.

## 8. Strukturreform Teil 2: «Die SP der Zukunft gestalten – wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!»

**Rebekka Wyler** begrüsst zum zweiten Teil der Statutenrevision. Ein Teil musste aus Zeitgründen vom letzten Parteitag vertagt werden.

### Einführung durch das Co-Präsidium

**Cédric Wermuth**, Co-Präsident, ruft in Erinnerung, dass die Gründe für die Statutenrevision bereits am Parteitag in St. Gallen dargelegt wurden. Mit dieser Reform sollen insbesondere drei Punkte angegangen werden. Erstens sollen Entscheide von denjenigen getroffen werden, die nachher die Verantwortung dafür tragen. Kantonalparteien sollen deshalb stärker in die Formulierung der nationalen Politik eingebunden werden. Zweitens soll die Politik der SP Schweiz vertikal stärker integriert werden. Das soll in der neuen Form der Themenkommissionen geschehen. Drittens soll die nationale Partei stärker für die Basis geöffnet werden. Das soll über Arbeitsgruppen, Foren, Themenkommissionen und über den Parteitag stattfinden, welcher jetzt neu zweimal im Jahr tagen wird. Cédric freut sich darauf, die Statutenreform umsetzen zu können, damit mit politisch inhaltlicher Arbeit begonnen werden kann.

### Präsentation aktueller Stand nach dem Parteitag vom 28. August 2021

**Rebekka Wyler** erklärt, dass die Abstimmungen in der Reihenfolge des Papiers «Statutenrevision Teil 2» folgen. Es gab seit dem Parteitag vom 28. August 2021 nur einen neuen Antrag. Zu den meisten Anträgen hat die Geschäftsleitung Stellung bezogen und beim neu eingegangenen Antrag das Präsidium.

### Diskussion und Behandlung der Anträge

#### A-2 Nenad Stojanovic et al.

**Nenad Stojanovic**, PS Lugano, möchte mit dem Antrag betonen, wie wichtig es ist, dass nicht nur Parlamentarier:innen im Präsidium sind. Für die Kohärenz der Ziele der Partei bittet Nenad Stojanovic um die Annahme des Antrags.

**Léonie Schubiger**, JUSO, betont, dass alle politischen Blickwinkel in den Gremien der Partei vertreten werden müssen. Es braucht Ideen und Inputs von Aktivist:innen und Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen. Der Antrag möchte deshalb, dass mindestens eine Person aus dem Präsidium nicht in einem nationalen Parlament sitzt. Léonie Schubiger ist der Ansicht, dass der Antrag die SP inklusiver und demokratischer macht.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Der Antrag ist zwar nachvollziehbar. Es ist auch heute bereits möglich, dass Genoss:innen ohne Parlamentsmandat auf Bundesebene gewählt werden können, eine entsprechende Vorschrift in den Statuten halten wir aber für zu einschränkend. Die Wahl von David Roth ins Vizepräsidium der Partei zeigt, dass Kandidaturen von Genoss:innen ausserhalb von «Bundesbern» auch ohne statutarische Vorgabe möglich sind.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 152 zu 118 Stimmen.

### A-3 Carlo Lepori et al.

**Carlo Lepori**, PS Capriasca, möchte, dass nun auch im Präsidium die Vertretung der italienischen Schweiz klar in den Statuten geregelt wird.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Die Formulierung in dieser Form ist zu einschränkend. Selbstverständlich wird aber eine Vertretung der Svizzera italiana angestrebt!

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 199 zu 63 Stimmen.

### Bereinigung Artikel 16 «Das Präsidium»

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 259 zu 9 Stimmen bei 28 Enthaltungen.

### A-5 Alizée Rey (CoLa)

**Alizée Rey**, Parteirat, möchte, dass wichtige Posten öffentlich ausgeschrieben werden und die sprachliche Proporzregelung eingehalten wird. Im GAV ist das bereits so vorgesehen aber es sollte auch in den Statuten so festgehalten werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Diese Regel ist bereits im neuen Gesamtarbeitsvertrag so vorgesehen und in den Augen der Geschäftsleitung hier am falschen Ort. Das im Antrag zutage tretende Misstrauen ist nicht angebracht, denn die entsprechenden Passagen im GAV sind bereits zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen ausgehandelt worden. Sie lauten wie folgt: «1. Unbefristete Stellen werden öffentlich ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgt mindestens auf Deutsch und Französisch, ausser die Stelle ist explizit für ein Sprachgebiet zuständig. 2. Befristete Stellen mit mehr als 3 Monaten Dauer müssen ebenfalls öffentlich ausgeschrieben werden. Wenn die Stelle auf maximal drei Monate befristet ist, muss sie nur dann öffentlich ausgeschrieben werden, wenn sie nicht intern besetzt werden kann.» Damit geht der GAV auch über die im Antrag geforderte Mindestdauer von 6 Monaten als Vorbedingungen für eine Ausschreibung hinaus.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 238 zu 46 Stimmen bei 21 Enthaltungen.

### Bereinigung Artikel 18 «Das Zentralsekretariat»

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 266 zu 6 Stimmen bei 20 Enthaltungen.

### A-7 Heinz Looser

**Heinz Looser**, SP Zürich 1+2, stellt den Antrag vor, der sich gegen die Bedingung richtet, dass eine:r der beiden Präsident:innen einer Themenkommission auch zugleich Bundesparlamentarier:in sein muss. Es gibt auch wichtige Politik ausserhalb von Bundesbern. Er möchte, dass die Themenkommissionen selbständig entscheiden können, wen sie für die organisatorische und inhaltliche Koordination als geeignet ansieht.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme.

**Begründung:** Die Vertretung der kantonalen Ebene auch in der Leitung der Themenkommissionen ist wichtig für das Konzept der Themenkommissionen, die die Politikformulierung und -umsetzung auf allen Staatsebenen voranbringen und damit die SP politisch wirksamer machen sollen. Wer die kantonale Ebene vertritt, ist bewusst offen gehalten, damit die befürchtete Überlastung respektive Ämterkumulation nicht auftritt. Die Geschäftsleitung teilt jedoch die Meinung, dass die Regelung flexibler gestaltet werden soll. Sie schlägt deshalb für den letzten Satz im Antrag folgende Formulierung vor **«Eine der beiden Personen soll in der Regel Bundesparlamentarier:in sein, die andere Person in der Regel Vertreter:in einer Kantonalpartei.»**

**Beschluss des Parteitags:** Der modifizierte Annahme wird mit 174 zu 107 Stimmen bei 30 Enthaltungen gefolgt.

### Bereinigung Artikel «Themenkommissionen»

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 279 zu 6 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

### A-9 Ivo Braunschweiger

**Ivo Braunschweiger**, SP Zürich 7+8, erklärt, dass die Einbindung von Bewegungen und Strömungen in Form von Foren sinnvoll ist. Die vorgeschlagenen Anforderungen lesen sich aber wie ein Misstrauensvotum gegenüber unserer Basis. Deshalb wird beantragt, dass die Zulassung eines Forums auf Antrag einer AG durch den Parteitag geschieht.

**Rebekka Wyler** fügt an, dass diese Kriterien bereits mit den «Wannabe-Foren» so abgesprochen wurde und dass die Vertreter:innen damit einverstanden sind.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Was als «Misstrauensvotum» taxiert wird, ist ein Instrument zur Gleichbehandlung von allen. Es ist sinnvoll, dass ein Forum sich zuerst bewähren und objektive Kriterien erfüllen muss, bevor es sich zur Zulassung anmelden kann.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 244 zu 40 Stimmen bei 13 Enthaltungen.

### Bereinigung Artikel «Foren»

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 255 zu 8 bei 10 Enthaltungen.

### A-11 Romain Pilloud

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Die bisherige Regelung («ein Zehntel der Parteimitglieder») hat sich bewährt. Die Hürden sollen nicht gesenkt werden.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 244 zu 32 Stimmen bei 14 Enthaltungen

## A-12 Lucia Engeli et al.

**Nico Zobrist**, SP Entfelden, spricht für diesen Antrag. Dieser soll die Hürden für grosse Diskussionen zu wichtigen politischen Themen innerhalb der SP senken. So könnten auch eine Minderheit an einem Parteitag, drei Kantonalparteien oder 2'000 Mitglieder eine Urabstimmung herbeiführen. Dieser Vorschlag erlaubt mehr parteiinterne Demokratie.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Die bisherige Parteigeschichte zeigt, dass das Instrument der Urabstimmung nur sehr selten genutzt wurde, die letzten beiden Male auf Initiative der Parteileitung (und nicht der Basis). Die Urabstimmung darf nicht zum Mittel werden, demokratisch gefällte Entscheide der Parteigremien auszuhebeln. In einer Urabstimmung gewinnen plötzlich andere Meinungsmacher:innen (beispielsweise die bürgerlich dominierte Tagespresse) an Bedeutung, was nicht im Sinn der parteiinternen Demokratie sein kann.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 250 zu 26 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

## Bereinigung Artikel 22 «Die Urabstimmung »

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 269 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

## Inputreferat des Politologen Claude Longchamp zum Thema Parteienfinanzierung

**Claude Longchamp** wird zugeschaltet: Das Geld und die SP haben eine besondere Beziehung. Geld ist der Inbegriff von Kapitalismus und die SP will genau dafür eine Alternative schaffen. Doch genau dafür ist sie unter anderem auf einiges an Geld angewiesen. Mit diesem Widerspruch muss die Partei leben. Natürlich darf Geld kein Ersatz für Engagement der Partei sein und keine politische Linie vorgeben.

Kein anderes Land setzt so stark auf private Parteifinanzierung wie die Schweiz. Eng verbunden damit ist die mangelhafte Transparenz. Die SP hat deshalb gemeinsam mit anderen Parteien die Transparenz-Initiative lanciert. Das Parlament hat daraufhin einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, welcher zum Rückzug der Volksinitiative führte. Der Jahresbericht der SP Schweiz weist aus, dass Beiträge von Mitgliedern und Mandatsträger:innen einen Drittel der rund 6 Millionen Franken Parteieinnahmen ausmachen. Höher als diese Beiträge sind bei der SP die privaten Spenden – sie machen die Hälfte der Einnahmen aus. Unterschieden wird dabei zwischen Mitgliederspenden, freien Spenden und übrigen Spenden. Freie Spenden sind zum Beispiel Nettoerlöse aus dem Public Fundraising sowie die Spenden der Gruppe 2023.

In der Statutenrevision gibt es bezüglich Parteifinanzierung zwei Anträge. Einer von der SP Tessin, der die Beiträge von Richter:innen thematisiert. Er verlangt eine ersatzlose Streichung der Beiträge von verschiedenen Richter:innengruppen. Diese machen rund drei Prozent des Etats der SP Schweiz aus. Der Antrag kommt aus dem Umfeld der Justizinitiative. Ein anderer Antrag aus dem Kanton Waadt, der die Spenden auf natürliche Personen beschränken wollte, wurde zurückgezogen. Dennoch hat das Präsidium entschieden, den Antrag zu diskutieren. Eine Zustimmung zu diesem Antrag wäre deutlich einschneidender gewesen, als die neue Regelung der Richter:innenbeiträge.

Claude Longchamp möchte den Delegierten einen Ausblick mitgeben. Verschiedene Insider:innen gehen von einer wachsenden Kommerzialisierung der helvetischen Politik aus. Namentlich dürfte das online Fundraising rasant wachsen. Parteien werden also auch durch Kommerzialisierung mehr Konkurrenz bekommen, wenn sie politisieren wollen. Darauf sollten sie sich einstellen, wenn sie heute über die Finanzierung in der Statutenrevision entscheiden.

#### **A-14 Carlo Lepori und andere**

**Carlo Lepori**, PS Ticino, ist der Ansicht, dass die Mandatsabgabe von Richter:innen sehr problematisch ist. Auch die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) kritisiert das in ihren Berichten immer wieder scharf. Carlo Lepori glaubt ausserdem, dass der finanzielle Ausfall nicht so hoch wäre wie vorausgesagt, da gutverdienende sozialdemokratische Richter die Partei weiterhin unterstützen würden – dies jedoch freiwillig und unabhängig von Statuten.

**Nenad Stojanovic**, PS Lugano, vertritt die Meinung, dass die Kohärenz ein wichtiger Wert ist in der Politik. So wie die SP Geld von der Credit Suisse ablehnt, soll sie auch kein Geld von Richter:innen annehmen.

**Priska Seiler-Graf**, Nationalrätin ZH und Co-Präsidentin SP ZH, anerkennt, dass diese Diskussion um die Beiträge von Richter:innen wichtig ist. Es darf gefordert werden, dass das Wahlsystem von Richter:innen grundlegend überdacht werden soll. Dann muss aber gleichzeitig eine Debatte über die Parteienfinanzierung geführt werden. Denn ohne die Mandatsabgaben der Bundesrichter:innen klappt ein riesiges Loch in der Parteikasse und es gibt noch keine Alternative. Zentral ist die Transparenz – es muss klar ersichtlich sein, welche Parteizugehörigkeit vorhanden ist.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.

**Begründung:** Solange die Richter:innen aufgrund eines Parteienproporz und somit aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei gewählt werden, ist es korrekt, dass sie auch Beiträge an die Parteifinanzen leisten. Die Geschäftsleitung hat jedoch Verständnis für das im Antrag formulierte Anliegen und ist bereit, am Parteitag eine Grundsatzdiskussion zur Parteifinanzierung zu führen.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung mit 249 zu 44 Stimmen bei 10 Enthaltungen.

#### **Bereinigung Artikel 23 «Die Parteifinanzen »**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 279 zu 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

#### **A-16 Nicola Siegrist und andere**

**Nicola Siegrist**, JUSO, vertritt die Meinung, dass eine jährliche Wiederwahl der Parteiratsmitglieder im Interesse aller Parteitagsdelegierten liegen würde. Eine jährliche Wiederwahl würde es erlauben, auf neue Bewegungen reagieren oder allfällig Menschen abwählen zu können.

**Alizée Rey**, Parteirat, betont ausserdem, dass es nicht darum geht, jedes Jahr neue Mitglieder zu wählen, sondern um eine Flexibilität in Anbetracht der gesamtgesellschaftlichen Dynamik.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Modifizierte Annahme.

**Begründung:** Das Präsidium teilt die grundsätzliche Überlegung der Antragsteller:innen, dass es der parteiinternen Demokratie dient, wenn sich die freigewählten Mitglieder des Parteirates regelmässig der Wiederwahl stellen müssen. Jedoch halten wir die Frist von einem Jahr für sehr kurz – wie ja auch die Antragstellenden schreiben, ist eine gewisse Konstanz wertvoll. Das Präsidium schlägt vor, dass die Wiederwahl alle zwei Jahre stattfindet, dies entspricht auch der Handhabung beim Präsidium: **«Wahl der 10 frei gewählten Mitglieder des Parteirates sowie ihre Wiederwahl alle zwei Jahre.»**

**Beschluss des Parteitags:** Annahme des modifizierten Vorschlags mit 200 zu 88 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

#### **Bereinigung Artikel 15 «Der Parteirat»**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 247 zu 15 Stimmen bei 15 Enthaltungen.

#### **Bereinigung Artikel 17 «Arbeitsgruppen»**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 261 zu 2 Stimmen bei 13 Enthaltungen.

#### **Bereinigung Artikel 14 «Der Parteitag»**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 260 zu 4 Stimmen bei 11 Enthaltungen.

#### **Bereinigung Artikel 25 «Schlussbestimmungen»**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 256 zu 11 Stimmen bei 21 Enthaltungen.

#### **A-20 Ursula Funk und andere**

**Rebekka Wyler** erklärt, dass nicht darüber abgestimmt wird, da die Antragsstellenden mit der modifizierten Annahme einverstanden sind. Es wird jedoch explizit festgehalten, dass die neuen Statuten nach vier Jahren auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Insbesondere sind der Parteirat, die Themenkommissionen und die Foren zu prüfen. Die Ergebnisse der Evaluation werden an einem Parteitag vorgestellt.

#### **Bereinigung Statutentext Schlussabstimmung**

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme (2/3 Mehrheit)

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 266 zu 9 bei 30 Enthaltungen.

## Wahl freigewählte Parteiratsmitglieder

**Rebekka Wyler** fasst zusammen, dass 10 Personen aus der Basis frei gewählt werden können. Es haben sich 11 Personen gemeldet, 2 haben sich aber noch zurückgezogen. Es wird ein Video eingeblendet, in dem sich die 9 Kandidat:innen vorstellen. Der letzte freie Sitz wird erneut ausgeschrieben und am Parteitag im Oktober besetzt. Die erste Parteiratssitzung wird am 25. März stattfinden.

**Beschluss des Parteitags:** Wahl der Mitglieder mit 262 zu 11 Stimmen bei 25 Enthaltungen.

## Grussbotschaft PS France

**Olivier Faure**, der Vorsitzende der PS France, richtet sich mit einer kurzen Grussbotschaft an die Delegierten des Parteitags. Er erwähnt die derzeitige Präsidentenwahl in Frankreich und wie schwierig die Situation gerade ist. Rechtsextreme und bürgerliche Parteien sind stark im Aufwind.

Faure betont, dass die Klimakrise nur mit Einbezug der sozialen Frage angegangen werden kann. Für ihn ist klar, dass die wichtigen Fragen auf europäischer Ebene gelöst werden müssen, und dass die einzelnen Länder nicht in «Blasen» nebeneinander existieren können. Er wünscht einen schönen Parteitag und hofft, dass die Schweizer Sozialdemokratie, ähnlich wie in Deutschland oder Portugal, gute Resultate erzielen wird.

## Die SP Queer stellt sich vor

**Angelo Barrile und Muriel Waeger** des neuen Organs SP Queer werden zugeschaltet. Angelo lässt wichtige Meilensteine Revue passieren, wie zum Beispiel die Ehe für alle, die letzten September endlich vom Volk angenommen worden ist. Für ihn ist aber auch klar, dass noch viele weitere Schritte gemacht werden müssen, denn die Gleichberechtigung ist noch lange nicht erreicht. Die SP Queer gibt es seit dem 1. Januar 2022, befindet sich aber noch im Aufbau. Das Ziel ist es, im Sommer eine erste Versammlung abhalten zu können.

Muriel führt aus, dass die SP Schweiz auch in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Sie macht darauf aufmerksam, Mitglied zu werden und mitzuhelfen. Die SP Queer möchte innerhalb sowie ausserhalb der Partei für die Rechte von queeren Menschen und die Gleichberechtigung kämpfen. Auch die Sensibilisierung gehört zu den Kernzielen. Wer bei der SP Queer mitmachen und mitwirken möchte, kann sich per E-Mail melden ([spqueer@spschweiz.ch](mailto:spqueer@spschweiz.ch) / [psq@ps.ch](mailto:psq@ps.ch) / [psqueer@pssuisse.ch](mailto:psqueer@pssuisse.ch)).

## Grussbotschaft Partido Socialista (Portugal)

**Tom Cassee** geht auf den Wahlerfolg der Partido Socialista in Portugal ein.

**Paulo Picso**, Mitglied des portugiesischen Parlaments, wendet sich mit einer Videobotschaft an den Parteitag. Er ist überzeugt, dass die Schweiz eine starke sozialdemokratische Partei braucht und dass sozialistische Parteien die Antworten auf die grossen Fragen unserer Zeit haben. Er wünscht einen guten Parteitag und dass die Arbeit der SP Schweiz Früchte tragen möge.

## 9. Rede Cédric Wermuth, Co-Präsident SP Schweiz

Liebe Genossinnen und Genossen,

Sfortunatamente, ci incontriamo ancora una volta online invece che fisicamente come avremmo voluto. Ma la situazione appare decisamente diversa rispetto al nostro ultimo congresso. Siamo forse alla vigilia della fine della pandemia. Questo è possibile grazie agli sforzi di tutte le persone in questo paese, soprattutto, naturalmente, nel settore sanitario. Politicamente, il successo porta un nome: Alain Berset. Certo, c'è sempre motivo di critica e ci deve essere spazio per essa, ma possiamo essere orgogliosi del suo operato. Dall'inizio della pandemia, il PS si è impegnato affinché la protezione della popolazione, soprattutto delle fasce più deboli, venga prima di tutto. Secondariamente, che nessuno venga lasciato indietro, neppure economicamente. E in terzo luogo, che le misure proteggano il sistema sanitario dal sovraccarico, ma che i nostri diritti fondamentali non siano limitati più dello stretto necessario. Ora, però, è arrivato il momento di passi cauti ma decisivi verso la normalizzazione. Per il momento, dovremo continuare a vivere con alcune restrizioni. E questo è giusto. Perché non dobbiamo mai essere indifferenti alla vulnerabilità dei gruppi vulnerabili e non possiamo permetterci di sottovalutare le conseguenze del long-covid.

Il n'y a pas de doute : ces deux dernières années, nous avons été témoins d'une solidarité impressionnante. Pour la première fois, avec l'initiative sur les soins, une revendication syndicale s'est imposée dans les urnes. Parce que tout le monde a pu constater l'importance, pour le bon fonctionnement de notre société, d'un service public qui offre de bonnes conditions de travail. Mais ce n'est malheureusement qu'un côté de la médaille. J'ai commencé à m'engager en politique il y a un peu plus de 20 ans, parce qu'à l'époque, en Suisse, les néonazis pouvaient être des néonazis sans être inquiétés. Mes amis et moi avons fait part de notre révolte au grand public en collant des autocollants « ¡No Pasarán ! » sur nos sacs d'école et en écrivant des courriers de lecteurs. Résultat : les premières menaces de mort de ma vie, et le jardin familial saccagé la nuit. Je m'étais alors juré que ces types ne pourraient jamais m'intimider. Aujourd'hui, ils sont de retour. Ce qui a commencé il y a deux ans comme un mouvement légitime d'opposants aux mesures – même si je n'ai évidemment jamais été d'accord avec eux – est aujourd'hui infiltré jusqu'à la moelle par des forces fascistes. Si, comme ce fut le cas il y a deux semaines à Berne, 2 000 personnes acceptent d'être menées par un groupe de néonazis assumés, alors les voyants rouges doivent s'allumer chez toutes et tous les démocrates. L'antifascisme est au cœur du socialisme. Autant nous avons toujours critiqué, et critiquons encore, la démocratie bourgeoise pour tout ce qu'elle manque d'apporter à la population, autant nous la défendons résolument contre ses ennemis. Je ne pensais pas devoir un jour ressortir les autocollants « ¡No Pasarán ! » de la cave. Mais je refuse, nous refusons de laisser à nos enfants un pays dans lequel ces groupuscules peuvent scander leurs slogans bruns sans être stoppée. Le fascisme n'est pas une opinion, c'est un crime. Et il doit être traité comme tel. C'est pourquoi nous appelons les autorités à empêcher les manifestations fascistes à chaque fois que la situation juridique le permet. Et nous nous opposons vivement à cette menace en tant que membres de la société civile.

La pandémie de coronavirus nous a justement montré à quel point une société civile ouverte d'esprit est d'importance capitale pour contrer les théories du complot issues de l'extrême-droite. Et avec elle, un paysage médiatique vivant. Non, le paquet médias n'est pas parfait. Et oui, les rédactions des journaux suisses ont glissé à droite ces dernières années, nous le voyons tous les jours. Mais il ne s'agit pas d'eux. Il s'agit des centaines de journalistes qui travaillent dans les rédactions et qui essaient de faire leur travail aussi bien que possible. Qui croient en leur mission. Durant mon temps à Berne, j'ai fait la connaissance de dizaines d'entre eux, dans tous les journaux. Nous nous battons toujours pour eux et pour leur indépendance, peu importe que ce qu'ils écrivent nous plaise ou non. Ni les grands groupes, ni les journaux d'extrême-droite financés par Blocher ou Tettamanti n'ont besoin de

cette loi. Ils survivront de toute façon. La question qui se posera le 13 février est la suivante : voulons-nous soutenir la diversité médiatique suisse, les nombreuses publications, radios et télévisions locales, francophones, alémaniques, italo-phones ou encore romanches, ainsi que les journalistes qui y travaillent, quitte à ce que certains grands groupes soient également aidés, pour que l'ensemble du paysage médiatique puisse continuer de faire vivre notre démocratie ? Et pour le PS, la réponse est claire.

Das Abstimmungswochenende vom 13. Februar stellt, wenn wir Glück haben, so etwas wie den Auftakt zum Ende der Pandemie dar. Umso stossender ist, was das rechtsbürgerlich dominierte Parlament an diesem Abstimmungssonntag und darüber hinaus im ganzen Jahr der Bevölkerung als Nach-Krisen-Programm vorschlägt: Milliardensubventionen für das Kapital mit der Abschaffung der Industriezölle, der Stempelsteuer und der Verrechnungssteuer und gleichzeitig die Aussicht auf Rentenkürzungen für die Frauen bei der AHV, die Erhöhung des Rentenalters für alle, Kürzungen in der 2. Säule. Naomi Klein nannte diese Strategie einmal Katastrophen-Kapitalismus: Jede Krise versucht das Kapital zu nutzen, um seine Vorherrschaft und seine Privilegien zu stärken. Sie arbeiten die Wunschliste aus den Konzernzentralen Punkt für Punkt ab wie brave Schuljungen.

In steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen tritt der rechte Block geschlossen auf. Vorneweg die Banker, Absolventen von amerikanischen Elite-Unis und Multimilliardäre der SVP, Matter, Aeschi und Martullo. Sie diktieren den Kurs. In ihrem Schlepptau und ohne viel Widerrede GLP, Mitte und FDP – die Mühe zu einer eigenen Position machen sie sich nicht einmal. Die Taktik ist klar: Möglichst viele Vorlagen in kleinen Stücken, damit wir nicht nachkommen mit Referenden. Aber damit haben sie sich gewaltig geschnitten. Die Sozialdemokratie wird das Volk in diesem Land gegen den erneuten Plünderungsversuch aus den Konzernzentralen mit aller Kraft und jedem nötigen Referendum verteidigen.

Und nicht nur das, Genossinnen und Genossen, Mattea hat es bereits gesagt: Es ist Zeit, in die Offensive zu gehen. Und das nicht zuletzt in einer Frage, die Mattea und mir ganz zentral am Herzen liegt. Ja, wir sind echt stolz, heute mit euch die Initiative für einen flächendeckende und bezahlbare Kinderbetreuung lancieren zu können. Sie antwortet erstens auf ein akutes, ganz konkretes Bedürfnis der jungen Eltern in diesem Land. Die krassen Unterschiede im Angebot und der Qualität der Kinderbetreuung gerade zwischen Stadt und Land sind nicht mehr zu rechtfertigen. Es kann nicht sein, dass die Chance, das Familienmodell frei zu wählen, derart krass wie heute vom Wohnort abhängt, weil die Kita zu teuer ist oder es schlicht gar keine gibt. Den Service public auf dem Land ausbauen, das ist die Antwort auf jene, die den Stadt-Land-Konflikt hochschaukeln wollen. Und zweitens ist die Kita-Initiative auch eine Antwort auf den bürgerlichen Angriff. Für die Rechten ist die Gesellschaft eine Pyramide: Zuerst stehen die selbst ernannten Leistungsträger:innen. CEOs, Kapitalisten und Manager. Wenn diese genug Privilegien haben, dann tropft mit etwas Glück auch etwas Reichtum auf alle anderen runter. Zuunterst sind in diesem Modell jene, die scheinbar nur «kosten»: Gerade eben Menschen in Care-Berufen, vor allem Frauen. Tatsächlich aber funktioniert Ökonomie genau umgekehrt, wie alle Mütter und Väter dieses Landes wissen. Wir sind vor sechs Jahren aus dem Ostargau und Luzern in den Westargau gezogen. Und wie das so ist, kennen ja alle Regionen ihre eigenen Feiertage. So stehe ich dann mit einem Kleinkind morgens um 7 – deutlich vor 8, wohl gemerkt – vor der Kita und diese ist geschlossen wegen einem solchen regionalen Feiertag. Wenn dann dein Zug in 20 Minuten fährt und du dringend in Bern sein musst um 8, dann weisst du ganz genau, wo Wert entsteht. Wert kommt von unten, aus den Betrieben, aus den Büros und eben genau auch aus dem Care-Bereich, wo sich Menschen um andere Menschen kümmern. Jemand hat die Kita-Initiative einmal als fast schon revolutionär betitelt. Das stimmt vielleicht. Allerdings will sie nichts auf den Kopf stellen, sondern eine Gesellschaft, deren Werthaltung auf dem Kopf steht, wieder auf

die Füsse stellen. Die Kita-Initiative ist ein zentraler Beitrag zur Aufwertung der Care-Arbeit, zur Verbesserung der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen und für mehr Chancengleichheit unter unseren Kindern.

Machen wir uns auf: Für die Gleichstellung, für den Feminismus!

## 10. Kita-Initiative

### Zusammen schreiben wir das nächste Kapitel der Frauengeschichte!

#### Lancierung eidgenössische Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)

**Tom Cassee** schlägt vor, die Lancierung der Kita-Initiative zu beschliessen. Sie ist ein wichtiges Puzzlestück auf dem Weg zu mehr Gleichstellung. Denn mehr Vereinbarkeit wird zu mehr Gleichstellung führen.

**Matthias Aebischer**, Nationalrat BE, bezeichnet die Kita-Initiative als eine Herzensangelegenheit. Punkto vorschulischer Betreuung ist die Schweiz ein Entwicklungsland. Es gibt zu wenige Kita-Plätze, die Plätze sind zu teuer, die Betreuung ist teilweise ungenügend. Kinderbetreuung braucht mehr finanzielle Mittel und eine Systemänderung. In der WBK-N gibt es eine Subkommission, die sich diesem Thema widmet. Doch der Prozess ist lang und die Initiative baut nun den nötigen Druck auf. Die Schweiz kann nicht dort stehenbleiben, wo sie jetzt ist.

**Tamara Funicello**, Nationalrätin BE und Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz, wird zugeschaltet. Die Kita-Initiative geht konkret auf die Forderungen des historischen Frauenstreiks 2019 ein – mehr Lohn, mehr Zeit, mehr Respekt. Die Kita-Initiative ist der nächste logische Schritt in Richtung Gleichstellung. Es ist Zeit für die Aufwertung von Care-Arbeit.

**Amanda Ojalvo**, Kita-Mitarbeiterin, erzählt von den Vorurteilen gegenüber ihrem Beruf. «Du musst doch nur etwas mit den Kindern spielen», muss sie sich zum Beispiel anhören. Ojalvo präzisiert: Es braucht permanente Aufmerksamkeit und viel Zeit für Individualbetreuung. Die Gefahr eines Burn-outs bei Kita-Mitarbeiter:innen ist real. Es ist an der Zeit, die Kompetenzen von Kita-Mitarbeiter:innen anzuerkennen. Die Kita-Initiative kommt Familien, Kindern und Arbeitnehmenden zu Gute.

**Min Li Marti**, Nationalrätin ZH, sagt, dass es für eine echte Gleichstellung eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie benötigt. Für diese Vereinbarkeit braucht es qualitativ hochstehende und erschwingliche Kinderbetreuungsplätze. Im internationalen Vergleich gibt die Schweiz sehr wenig für Kinderbetreuung aus und vielerorts liegt die Hauptlast für die Finanzierung bei den Eltern. Das führt zu negativen Erwerbsanreizen, einer Verschärfung des Fachkräftemangels und dazu, dass Eltern mit tiefen Einkommen darauf verzichten, ihre Kinder in die Kita zu schicken. Dabei zeigen verschiedene Studien, dass gute frühkindliche Betreuung auch die Chancengleichheit stärkt. Es ist Zeit, dass Kinderbetreuung die gebührende Anerkennung erhält. Die Kita-Initiative ist wie die Pflege-Initiative ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

**Valérie Piller Carrard**, Nationalrätin FR, erläutert weitere Punkte. Der Wohnort oder das Einkommen sollen keine Rolle dabei spielen, ob das Kind in die Kita geschickt werden kann oder nicht. Kantone müssen genügend Kita-Plätze zur Verfügung stellen. Wichtig ist, dass die Kita-Initiative nicht nur Krippen, sondern auch andere familienbegleitende oder -unterstützende Angebote beinhalten soll. Kinderbetreuung muss als wichtiger Teil des Service public gelten. Das ist in der Schweiz mitnichten der Fall. Die Kosten für die Kinderbetreuung sollen das Einkommen einer Familie nicht mehr als 10%

belasten. Ausserdem müssen die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Arbeitskräfte massiv angehoben werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 265 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen.

**Tom Cassee** ruft alle dazu auf, beim Sammelstart am 8. März mitzumachen. Wenn alle Mitglieder vier Unterschriften sammeln, hätten wir die Unterschriften schon zusammen. Tom ist überzeugt, dass die Initiative ein grosser Erfolg werden wird.

**Christina Kitsos**, SP Genf, betont, dass der vorschulische Erziehungsbereich eine grosse Hebelwirkung bei späteren Chancenungleichheiten hat. Zur Bekämpfung der Prekarität ist es notwendig, dass man frühzeitig interveniert, um die Weichen rechtzeitig zu stellen. Das Thema der Arbeitnehmenden ist nicht nur im Bereich der Kinderbetreuer:innen ein Thema, sondern auch für die Frauen, die ihre berufliche Karriere hintenanstellen, weil sie keinen Kitaplatz finden. In Genf hat Kinderbetreuung eine lange Tradition. Es hat über 80 subventionierte Strukturen, die von privatrechtlich organisierten Verbänden betrieben werden. Krippen sollten in der ganzen Schweiz öffentlich-rechtlich finanziert werden und es sollte Elternschaftsurlaub geben.

### **R-1 SP Genf: Frühe Kindheit – optimale Arbeitsbedingungen für eine erstklassige Betreuung!**

**Salima Moyard**, Lancy, wird zugeschaltet. Die Resolution der SP Genf gliedert sich in die Forderungen der nationalen Kita-Initiative und ergänzt sie. Kinderbetreuung ist multidisziplinär. Es braucht mehr Kitaplätze, denn die Wartelisten für Eltern sind extrem lang. Es braucht ausserdem eine massive Subventionierung des vorschulischen Bereichs, damit sich alle einen Platz leisten können. Auch die Versorgungs- und Pflegequalität muss gewährleistet werden, vor allem für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Der Berufsbereich muss professionalisiert werden mit mehr Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

**Carole-Anne Kast**, PS Onex, spricht zur Resolution. Sie erwähnt einen weiteren wichtigen Bereich der Kinderbetreuung – Tagesmütter oder Tagesfamilien. Denn es ist nicht dasselbe, wie wenn man sich um seine eigenen Kinder kümmert. In Genf wurde bereits ein grosser Schritt Richtung Anerkennung dieser Art von Betreuung gemacht durch die Anpassung des kantonalen Mindestlohns. Die Kita-Initiative sieht vor, dass Arbeitnehmende entsprechende Ausbildungen und Löhne erhalten. Es ist wesentlich, dass eine schweizweite Zertifizierung des Personals eingeführt wird, über eine Anerkennung der Erfahrung. Das Kinderbetreuungspersonal darf bei unseren sozialistischen Zielen nicht vergessen werden.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 228 zu 3 Stimmen bei 7 Enthaltungen.

## 11. Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz: Es braucht einen Klimafonds! (Volksinitiative)

### Antrag zur Lancierung einer Initiative für eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik: Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Fortschritt (Arbeitstitel)

**Rebekka Wyler** führt ins Thema ein und betont, wie wichtig die Klimafrage ist. Die SP möchte gemeinsam mit den Grünen und anderen Organisationen diese Initiative lancieren. Alles, was heute in die Diskussion eingebracht wird, wird bei der Ausarbeitung des Initiativtextes mitdiskutiert werden.

**Roger Nordmann**, Nationalrat VD, stellt das Projekt vor. Wenn in Bezug auf Treibhausgasreduktionen so weitergemacht wird wie bisher, sind wir erst im Jahr 2110 klimaneutral. Wir haben gemerkt, dass wir die Klimafrage nicht nur mit den individuellen Verhaltensweisen behandeln können. Es braucht Investitionen. Zum Beispiel in erneuerbare Energien, eine Modernisierung der Landwirtschaft etc. Das wird aber nur durch öffentliche Unterstützung und bundesweit möglich sein. Ein Prozent des BIP pro Jahr dafür zu investieren scheint viel, aber das braucht es.

**Martina Munz**, Nationalrätin SH, ergänzt, dass der Klimafonds für eine soziale und gerechte Klimapolitik steht. Neben der Finanzierung der Dekarbonisierung werden auch erneuerbare Energien attraktiver gemacht, Häuser und Heizungen klimafreundlicher und es gibt mehr Ladestationen für Elektroautos. Alles, was mit der Klimawende in Zusammenhang steht, soll vom Klimafonds profitieren. Von der Umschulung bis zur Biodiversität. Mit dem Klimafonds konkretisiert die SP den Marshall-Plan und vollzieht den Wechsel von einem Bestrafungs- zu einem Belohnungsmodell.

**Bruno Storni**, Nationalrat TI, kritisiert die langen Prozesse im Kampf gegen die Klimakrise. Es ist wichtig, dass wir uns nicht bremsen lassen. Speziell spricht er sich für Photovoltaik aus und zeigt die Solaranlage auf seinem Dach.

**Matthilde Mottet**, JUSO, spricht sich im Namen der Jungsozialist:innen für das Projekt Klimafonds-Initiative aus. Ein Punkt, der bei der Initiative leider nicht erwähnt wird, ist die Erklärung, wie es überhaupt so weit gekommen ist mit der Klimakrise. Das kapitalistische System beruht auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen. Noch immer werden Milliarden von Franken in schmutzige und umweltschädliche Geschäfte investiert. Es ist Zeit, dass die Reichsten endlich dafür bezahlen, was sie alles verursachen. Die JUSO wird deshalb im Sommer ebenfalls eine Initiative lancieren. Nichtsdestotrotz unterstützt die JUSO die Klimafonds-Initiative. Aber die Devise muss heissen: Schluss mit dem Profit, Zukunft für uns!

**Leo Keller**, SP Stadt Aargau, betont, dass die Initiative für die SP als Startpunkt für eine Fokussierung auf diese, seit dem zweiten Weltkrieg, grösste historische Aufgabe unserer Gesellschaft ist. Es ist wichtig, nun schnell ein gutes Konzept zu erstellen. Der Umbau der Energiewirtschaft kann nur geschehen, wenn er sozialverträglich stattfindet. Man muss sich bewusst sein, dass eine nachhaltige Energiewirtschaft die Landschaft der Schweiz verändern wird. Dazu gehört zum Beispiel Photovoltaik in den Alpen. Ausserdem müssen Bündnispartner:innen gefunden werden. Man könnte zum Beispiel von den Erfahrungen der Alpen-Initiative profitieren.

**Robin Jolissant**, SP Fribourg, unterstützt die Idee und hinterfragt, wie das SP-Präsidium zu grünem Wirtschaftswachstum steht. Ausserdem fordert er die Dekarbonisierung der Gesellschaft, eine Wachstumsbremse der Wirtschaft und dass die Sozialleistungen bestehen bleiben können, ohne von einem wirtschaftlichen System abzuhängen, das auf ständiges Wachstum setzt.

**Felix Hoesch**, SP Zürich 11, freut sich über die Klimafonds-Initiative. Sie soll unbedingt auch den Finanzplatz berücksichtigen. Er fragt sich jedoch, ob ein reiner Subventionstopf das richtige ist. Er

findet, dass auch die SNB miteinbezogen werden müsste. Die Verursacher müssen direkt angegangen werden und es muss mit Verboten und Geboten gearbeitet werden. Ihm ist ausserdem wichtig, dass klar kommuniziert wird, wohin all das viele Geld fliessen wird. Und: eine Mobilitätswende ist keine Antriebswende. Es reicht nicht, einfach alles auf Elektro umzustellen. ÖV, Fuss- und Veloverkehr muss gestärkt werden.

**Marius Ley**, SP Bern Nord, begrüsst die Zusammenarbeit mit den Grünen. Wie auch andere schon besorgt ihn, dass nur auf Investitionen gesetzt werden soll. Für ihn ist klar, dass es auch Verbote, Vorschriften und Lenkungsabgaben brauchen wird.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Unterstützung der Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 242 zu 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

### **A-1 Renato Werndli und Karin Hasler: Ergänzung im Initiativtext «Klima-Fonds»**

**Karin Hasler**, SP Balgach, wird zugeschaltet. Sie betont, dass die Dekarbonisierung sichtbar und fühlbar sein muss für die Menschen. Deshalb sind die folgenden zwei Punkte zentral: Erstens soll die Transformation der Ernährung entsprechend für den Klimaschutz, die Biodiversität und die Tierbefreiung im Initiativtext berücksichtigt werden. Und zweitens soll die Bindung von CO<sub>2</sub> mit Aufforstung etc. sichtbar gemacht werden. Das macht die Investition einleuchtend für die Bevölkerung und ist damit für den Erfolg der Initiative zentral.

**Renato Werndli**, SP St. Gallen, bittet, die in der Schlussdokumentation zitierten Sätze 2b und 2c einzufügen. Die Landwirtschaft soll im Text speziell hervorgehoben werden. Der Bund könnte damit eine pflanzenbasierte Landwirtschaft vorantreiben. Das würde viele Ackerflächen freimachen, da weniger oder kein Tierfutter angebaut werden müsste. Ausserdem würde es das Problem des Tierleidens lösen.

**Jon Pult** vertritt das Präsidium und bedankt sich für die Wortmeldungen. Der Klimafonds soll ein Weg aus der marktwirtschaftlichen Lenkung sein. Der Klimaschutz soll also mit Investitionen getrieben werden. Die SP glaubt nämlich, dass der Mangel an Investitionen politisch gesehen der limitierende Faktor ist. Es wird empfohlen, den Antrag A-1 als Anregung entgegenzunehmen. Selbstverständlich ist die Landwirtschaft teil der Wirtschaft und auch sie muss dekarbonisiert werden. Aber was klar ist: mit dieser Initiative kann nicht die ganze Agrarpolitik umgekrempelt werden.

Er geht konkret noch auf den Input aus der JUSO ein. Natürlich muss ein Systemwechsel stattfinden. Trotzdem müssen wir in den nächsten 25 Jahren auf Netto Null kommen, unabhängig davon, ob wir den Kapitalismus bis dann überwinden konnten. Natürlich müssen andere Aspekte auch unabhängig dieser Initiative vorangetrieben werden, aber diese Initiative braucht es. Zur Frage von Robin: Die SP kämpft mit allen Mitteln dafür, dass Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverschleiss abgekoppelt wird.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet. Die Antragstellenden sind einverstanden, dass ihr Antrag als Anregung entgegengenommen wird.

## **R-2 Gabriela Suter und andere: Langfristige Stromversorgungssicherheit – die SP für den schnellen Zubau von erneuerbaren Energien und für zukunftsfähige Arbeitsplätze**

**Gabriela Suter** stellt die Resolution vor. Ohne Rahmenabkommen gibt es in nächster Zeit auch kein Stromabkommen. Mit der Elektrifizierung der Energieversorgung steigt der Strombedarf weiter an. Die Versorgungssicherheit muss deshalb gestärkt werden. Diejenigen, die in den letzten Jahren den Ausbau von erneuerbaren Energien gebremst und gehindert haben, möchten jetzt in veraltete Technologien wie die Atomkraft investieren. Die Angstmacher-Strategie von SVP und FDP nimmt mit ihren Forderungen in Kauf, dass der Klimaschutz darunter leidet. Das Erreichen der Klimaziele hat aber höchste Priorität. Wir brauchen Stromversorgungssicherheit und Klimaschutz und das geht nur, wenn wir den Ausbau von erneuerbaren Energien endlich rasch vorantreiben. Diese können die Atomenergie ersetzen und schaffen ausserdem zehntausende neue, sichere Arbeitsplätze. Für eine bezahlbare und nachhaltige Stromversorgung brauchen wir jetzt eine mutige Vorwärtsstrategie und eine schnelle Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen. Dafür muss die öffentliche Hand die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

**Jonas Hostettler**, Mitunterzeichner der Resolution und Mitglied der SP Zürich 3, betont, dass der freie Markt den erneuerbaren Energien nicht zum Durchbruch verhelfen wird. Deshalb wird eine Solaroffensive gefordert. Mit Rücksicht auf Biodiversität und Landschaft kann die Photovoltaik stark ausgebaut werden. Die bürgerlichen Forderungen werden lediglich neue Gaskraftwerke bringen, die aus Gewinngründen dann auch noch möglichst lange betrieben werden. Das gilt es zu verhindern. Jonas Hostettler bittet um die Annahme der Resolution.

**Nicola Siegrist**, findet es besonders wichtig, klar zu machen, dass die Klimakrise eine soziale Krise ist. Die SP muss mit und durch die 99 Prozent für die Klimagerechtigkeit kämpfen. Sie muss sich mit aller Kraft gegen die reaktionären Verteidiger:innen des fossilen Kapitals und der Atomkraft stellen. Die SP soll also für einen Klimaschutz kämpfen, der nicht nur sozialverträglich ist, sondern auch sozialgerecht.

**Lisa Mathys** sagt, dass die SP nun aufzeigen muss, wie eine sichere Stromversorgung erreicht werden kann. Die Technologien und die Flächen sind vorhanden. Das einzige Problem ist das Ausbremsen von rechts. Lisa Mathys bringt ein Beispiel für eine «Klimaschutz-Lokomotive»: In Basel-Stadt hat das Parlament nun die Forderung nach einer Solardachpflicht auch für Bestandesbauten überwiesen. Nicht jede:r Hausbesitzer:in muss eine Solaranlage auf dem Dach haben. Aber es geht darum, die Flächen endlich nutzbar zu machen. Wir hoffen nun, dass wir in dieser Sache bald ein Referenzkanton sein können. Die vorgestellte Resolution würde gut als Basis dafür dienen.

**Reto Barblans** (SP 60+) Wortmeldung konnte aus technischen Gründen nicht angehört werden. Sie kann schriftlich im Anhang unter *Punkt 16* gefunden werden.

**Empfehlung des Präsidiums:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Einstimmige Annahme mit 216 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

## 12. Referendum Verrechnungssteuer: Steuerkriminalität fördern? Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!

**Tom Cassee** weist auf die laufende Unterschriftensammlung fürs Verrechnungssteuer-Referendum hin. Die Handlanger der Konzerne versuchen in Bundesbern schrittweise ihre Vorlagen durchzubringen. Deshalb ergreifen wir, auch wenn es viel Aufwand bedeutet, das Referendum. Er übergibt Samira Marti und Samuel Bendahan das Wort.

**Samuel Bendahan**, Nationalrat VD, erklärt, was die Verrechnungssteuer auf Obligationen ist und dass der Wegfall davon zu mehr Steuerkriminalität führen würde.

**Samira Marti**, Nationalrätin BL, erläutert die Beweggründe für das Verrechnungssteuer-Referendum. Die direkten Kosten bei einem Zinsumfeld von drei bis vier Prozent beträgt 600 bis 800 Millionen Franken wiederkehrende Steuerausfälle für Bund und Kantone. Von der Vorlage profitieren die Falschen. Wenn der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer abgeschafft wird, begünstigt das Steuerkriminalität. Ausserdem ist die Vorlage volkswirtschaftliche betrachtet sinnlos, das hat man schon 2012 bei der Abschaffung der sogenannten «Coco Bonds» gesehen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Lancierung Referendum Verrechnungssteuer (2/3-Mehrheit).

**Beschluss des Parteitags:** Lancierung mit 204 zu einer Stimme bei 0 Enthaltungen.

## 13. Statutarische Geschäfte und Wahlgeschäfte

### Rücktritt von Ada Marra aus dem Präsidium und Wahl der Nachfolge

**Mattea Meyer** hält eine Laudatio zu Ada Marras Rücktritt aus dem SP-Präsidium. Sie erinnert sich an das erste Treffen mit Ada Marra. Sie erzählt von Adas Engagement in unzähligen Bereichen und wofür sie gekämpft hat. Mattea bedankt sich im Namen der ganzen SP für Adas Arbeit und die Freundschaft.

**Ada Marra**, Nationalrätin VD, gibt einen kurzen Einblick in ihre politische Arbeit im Präsidium. Sie bedankt sich beim gesamten Präsidium für die tagtägliche Arbeit, die geleistet wird. Ada Marra tritt mit gutem Gewissen aus dem Präsidium zurück, da sie weiss, dass ihre Nachfolgerin Elisabeth Baume-Schneider das kompetent und mit viel Engagement übernehmen wird.

**Elisabeth Baume-Schneider**, Nationalrätin JU, freut sich auf die Arbeit im Präsidium. Angesichts der bürgerlichen Mehrheit im Land ist sie sich sicher, dass die SP dieser unsozialen Politik einen Riegel schieben kann. Sie ist stolz darauf, dass sie mit der SP jenen eine Stimme verleihen kann, die man sonst nicht sprechen hört. Zu ihren Kernanliegen gehört die eidgenössische Solidarität, damit auch Kantone wie der Jura oder das Tessin sich entwickeln können.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Die Geschäftsleitung beantragt für das Präsidium eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

**Beschluss des Parteitags:** Elisabeth Baume-Schneider wird mit 189 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

## Genehmigung Budget 2022

**Rebekka Wyler** sagt, dass das Budget 2022 höher ausfällt als das Vorjahresbudget. Dies ist vor allem auf die gute Entwicklung der Fundraising-Erträge zurückzuführen. Das ist ein gutes Vorzeichen fürs Wahljahr 2023. Rebekka Wyler dankt speziell Karin Mader und der Finanzkommission für die geleistete Arbeit.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Genehmigung Budget 2022.

**Beschluss des Parteitags:** Genehmigung Budget 2022 mit 172 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung.

## Nachtragskredit zum Budget 2022: Referendum Verrechnungssteuer

**Rebekka Wyler** verweist darauf, dass das Verrechnungssteuer-Referendum durch Rückstellungen finanziert werden kann und bittet, den Nachtragskredit zu genehmigen.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Genehmigung Nachtragskredit.

**Beschluss des Parteitags:** Genehmigung mit 158 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen.

## Nachtragskredit zum Budget 2022: Befristete Anstellung Projektleitung Kampagne Sexualstrafrecht

Rebekka Wyler erklärt, dass diese Kampagne von den SP Frauen ist und von der SP Schweiz unterstützt wird. Die SP Frauen haben auch genügend Rückstellungen für diese Personalkosten.

**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Genehmigung Nachtragskredit.

**Beschluss des Parteitags:** Genehmigung mit 136 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## 14. Anträge und Resolutionen

### R-3 René Longet und andere: Für eine engagierte Aussenpolitik – für Demokratie, Menschenrechte und den Kampf gegen Armut!

**Christian Dandrès**, Nationalrat GE, stellt die Resolution vor. Es gibt immer mehr multinationale Unternehmen, die Druck auf die Schweiz ausüben. Wenn wir den Abbau des Sozialsystems in der Schweiz schützen wollen, müssen wir auch international solidarisch sein. Genf verfügt über einen besonderen Status im internationalen Umfeld – das ist unser Glück. Wir müssen Verbindungen schaffen zu (Nicht-)Regierungsorganisationen, die sich für die Menschenrechte und Menschenwürde einsetzen. Die SP muss an einem europäischen Sozialprojekt arbeiten.

**Empfehlung des Präsidiums:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme mit 122 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

## 15. Div. Mitteilungen, Schluss

Wortmeldung von **Cruz Melchor Eya Nchama**, SP Genf: Er bedankt sich dafür, dass der Parteitag in Le Grand-Saconnex stattfindet.

**Rebekka Wyler** bedankt sich zum Schluss bei allen, die dabei waren. Den Delegierten, den Mitgliedern des Präsidiums und allen anderen Parteiexponent:innen. Speziell bedankt sie sich bei allen Kolleg:innen von der IT, den Mitarbeitenden und den Dolmetscher:innen. Auch herzlichen Dank an Colette Siegenthaler, die bereits den nächsten Parteitag vom 29./30. Oktober in Basel vorbereitet.

## 16. Anhang

Voten von Delegierten, die nicht zugeschaltet werden konnten.

### **Votum zur Nein-Parole zur Widerspruchslösung, Inge Schädler (Transplantationsgesetz)**

Genossinnen und Genossen, es geht in dieser Abstimmung nicht um die Frage ob man für oder gegen die Organspende ist, nein es geht um etwas absolut zentrales, um das **Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Selbstbestimmung über den Tod hinaus**.

Mit der Widerspruchsregelung muss dieses Recht explizit eingefordert werden. Macht man dies nicht, können die Organe automatisch entnommen werden. Das widerspricht der Bundesverfassung, denn es ist Aufgabe des Staates seine Bürgerinnen zu schützen und deren Rechte zu garantieren.

Die Widerspruchsregelung wird unweigerlich dazu führen, dass Menschen gegen

ihren Willen Organe entnommen werden, weil sie zu Lebzeiten nicht wussten oder nicht in der Lage waren, ihren Widerspruch zu hinterlegen. Gerade diese sozial Schwachen brauchen den Schutz der Rechtsordnung denn sonst werden diese Menschen

zu Organlieferanten, ohne davon zu wissen oder sich dagegen wehren zu können. **Dazu kommt die Tatsache, dass die erhoffte Wirkung gar nicht garantiert ist.**

Das Institut für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich ging im Auftrag des Bundes der Frage nach, welche Auswirkung die Willensbekundung auf die Zahl der Spenderorgane hat. Es wurden 314 Studien ausgewertet und die Analyse ergab, **keine klare Evidenz für eine direkte kausale Wirkung**.

Ein ähnliches Resultat zeigt auch der Ländervergleich der Berner Politikberatung Vatter. **Zitat:** «Mit Blick auf die Entwicklung der Spenderate über die Zeit scheint das Willensäusserungsmodell nicht entscheidend zu sein.»

**Daher sieht auch die Nationale Ethikkommission kein Anlass die heutige Rechtsgrundlage zu ändern.**

**Genossinnen und Genossen es kann und darf nicht sein, ja es ist einer Sozialdemokratische Partei nicht würdig, dieses in der Bundesverfassung verankerte Recht, auf Unversehrtheit und Selbstbestimmung zu Gunsten einer nicht erwiesenen Steigerung menschlicher Organe für Transplantationen zu opfern.**

**Reto Barblan - Concerne : congrès PSS du 5 février 2022 R- 2 page 52 3ème alinéa**

**Proposition : supprimer, biffer : ainsi que l'énergie éolienne**

*Comme nous le savons, Le vent est transformé en énergie électrique par les rotors des éoliennes.*

*Et c'est bien là que réside le greenwashing.*

Tant que les rotors étaient en ferrite, leur efficacité était insuffisante. La solution : l'emploi de métaux rares en particulier dans leurs aimants, des mastodontes. Pour une éolienne d'une puissance de 1 Mégawatt, il faut disposer de 200 kilogrammes de terres rares.

Comme leur nom l'indique, les métaux rares sont présents dans des minerais à très faibles teneurs, disponibles essentiellement en Mongolie intérieure. Et là-bas les effets environnementaux, et énergétiques, sont désastreux : l'extraction en mine ouverte sur de vastes espaces par des bulldozer de

très grande quantité de roches, puis la séparation des minerais par près d'une dizaine de lavages avec des produits chimiques dont l'acide sulfurique, enfin le rejet dans la nature d'un déchet liquide contenant l'eau souillée par des produits chimiques et des minéraux très polluants. Sans oublier que chaque « lavage » implique des rejets d'autant plus polluants qu'une radioactivité est associée aux concentrés de terres rares.

En Mongolie intérieure, il a été mesuré près de la mine de Baotou une radioactivité 32 fois supérieure à la normale, le double de celle observée à Tchernobyl. En effet, les minerais de terres rares sont nécessairement associés à des éléments radioactifs, dont le thorium ou l'uranium.

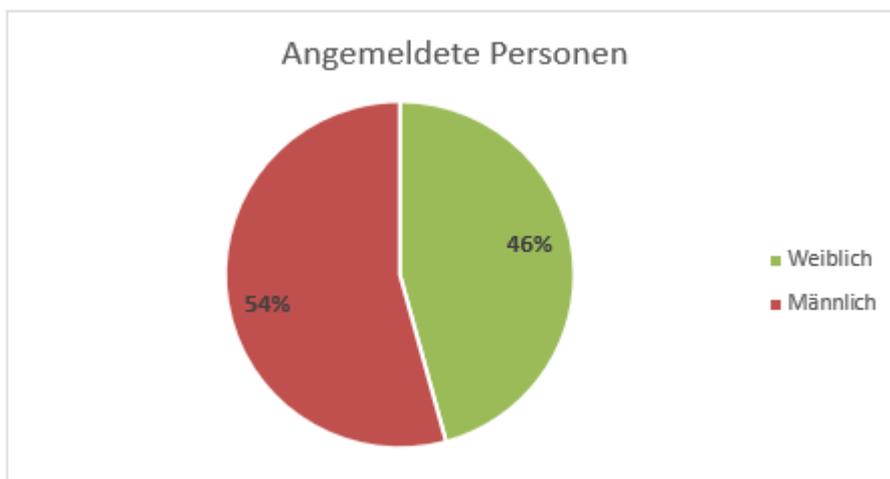
Et, les conditions de production dans les usines sur site sont fort dangereuses pour les travailleuses.

Chers camarades, notre parti se veut socialiste, solidaire, sensible aux conditions de vie des travailleurs et des travailleuses. Il se prétend aussi éco-responsable, même de sensibilité internationaliste.

En cédant au greenwashing que représentent l'installation des éoliennes, il va à l'encontre de toutes ses valeurs fondamentales. Il se montrerait post colonialiste, éco-irresponsable, et peu soucieux des conditions de production des travailleurs. En cédant au greenwashing que sont les éoliennes, tout simplement, le PSS se renie.

Chers et chères camarades, soyons cohérents, et biffons : ainsi que l'énergie éolienne

## Gender-Watch-Protokoll

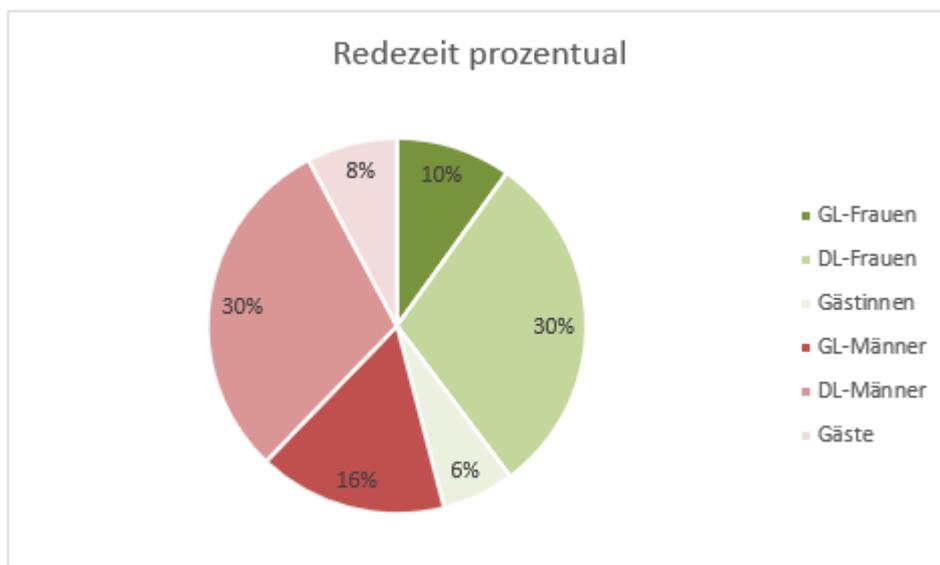


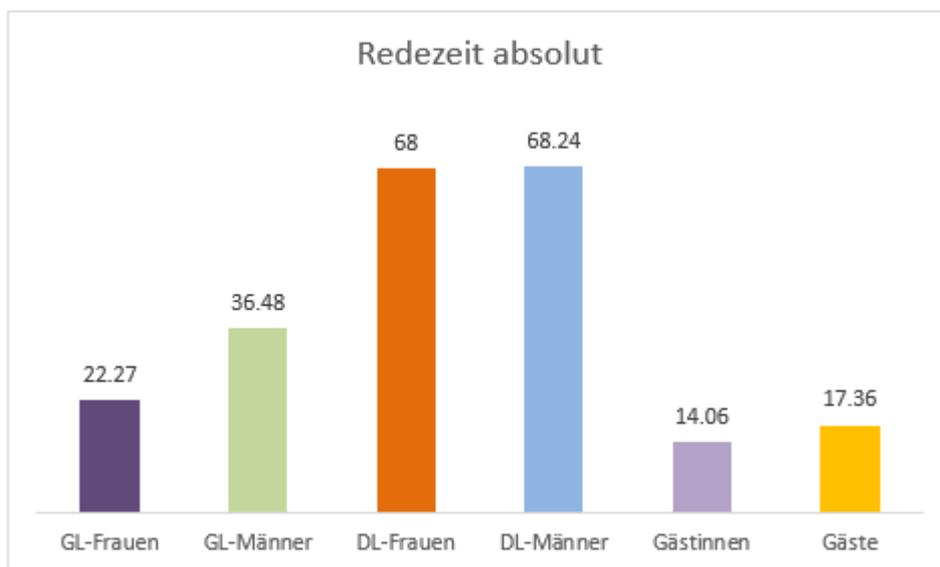
Da keine Anmeldungen von non-binären Personen registriert wurden, ist die Auswertung lediglich auf das weibliche und das männliche Geschlecht ausgelegt.

### Detailauswertung nach Wortmeldungen (ohne Reden)

#### Total Wortmeldungen (ohne Reden) nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
<b>Wortmeldungen Männer</b>	<b>2 Stunden 3 Minuten 5 Sekunden - 54%</b>	<b>41 Voten - 54%</b>
<b>Wortmeldungen Frauen</b>	<b>1 Stunde 44 Minuten 32 Sekunden - 46%</b>	<b>35 Voten - 46%</b>
<b>Total Wortmeldungen</b>	<b>3 Stunden 47 Minuten 37 Sekunden</b>	<b>76 Voten</b>

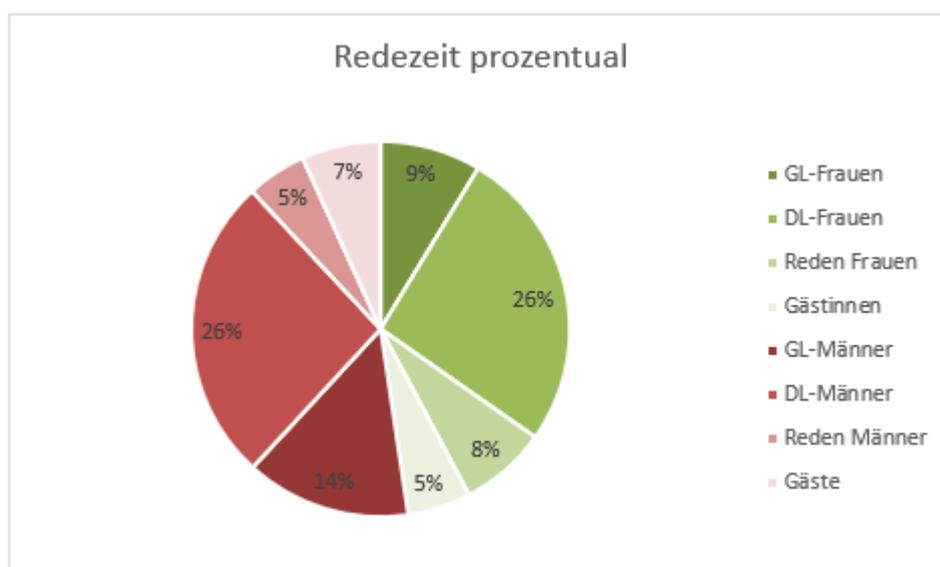


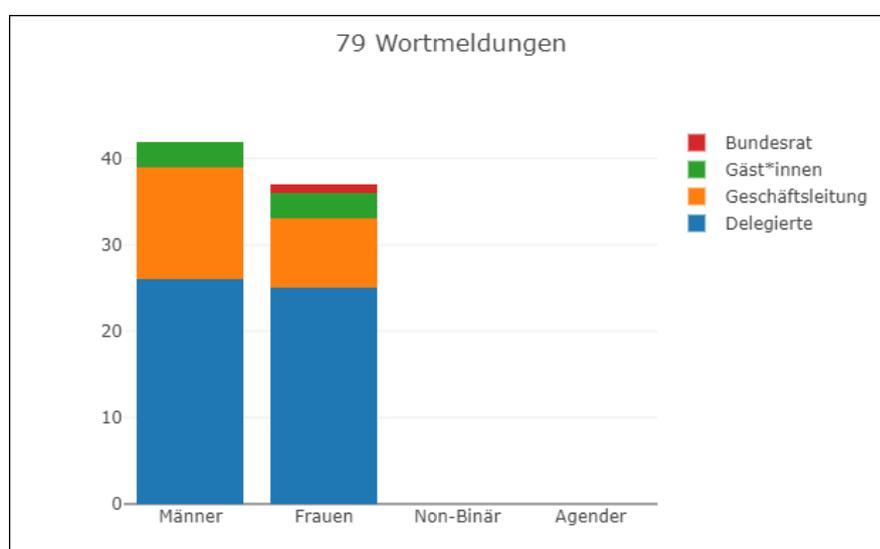
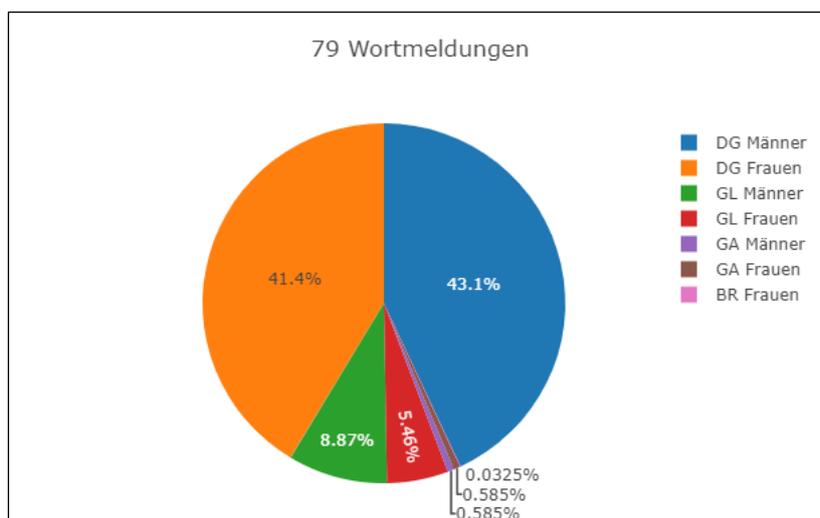
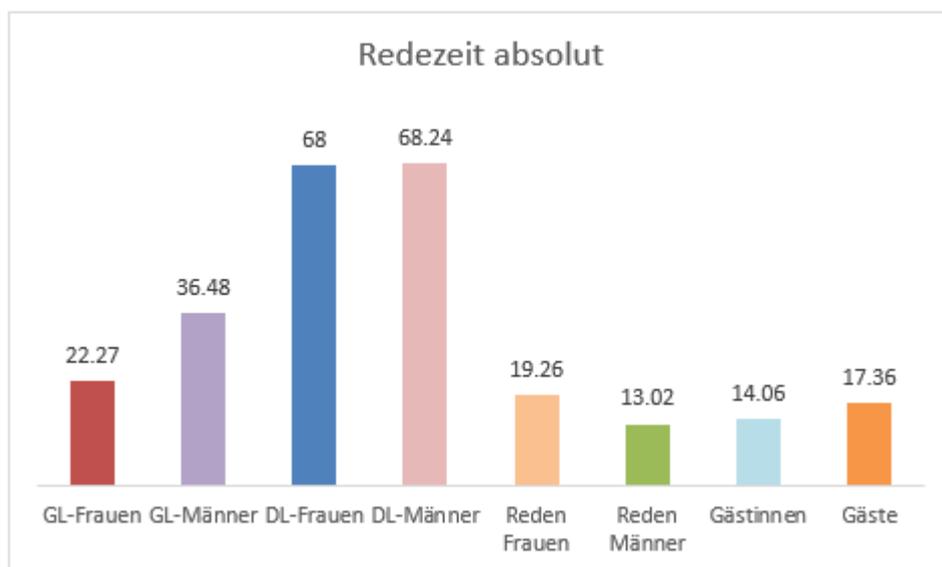


## Detailauswertung nach Wortmeldungen (mit Reden)

### Total Wortmeldungen (mit Reden) nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
<b>Wortmeldungen Männer</b>	<b>2 Stunden 16 Minuten 7 Sekunden - 52.7%</b>	<b>42 Voten - 53%</b>
<b>Wortmeldungen Frauen</b>	<b>2 Stunden 3 Minuten 58 Sekunden - 47.3%</b>	<b>37 Voten - 47%</b>
<b>Total Wortmeldungen</b>	<b>4 Stunden 20 Minuten 5 Sekunden</b>	<b>79 Voten</b>





## Nach Redezeit:

